

GBZ-Info Nr. 44, Mai 2001

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 10. Juni ist erneut Abstimmungstag. Im Kanton Zug wird zum dritten mal über die Einführung des Majorz für Regierungs- und Gemeinderat abgestimmt. Der GBZ ist gegen den Majorz, weil dieser die undemokratischere Wahlform ist. Die bürgerliche Parteien möchten mit dem Majorz ihre Machtposition in Kanton und Gemeinden erhalten. Die linken Parteien hätten dann schlechtere Wahlchancen. Unser Landammann Hanspeter Uster wäre bei einer Majorzwahl nicht Regierungsrat geworden. Darum ist für uns der Proporz das demokratischere Wahlsystem, das verhindert, dass politische Minderheiten oder Frauen benachteiligt werden. Darum rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf,

2 X Nein zum Majorz zu stimmen !

Zu den eidgenössischen Abstimmungen empfiehlt der GBZ:

Militärvorlagen: Stimmfreigabe

Bistumsartikel: Keine Parole

Mit kollegialen Grüßen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Wichtige Daten zum Vormerken:

<p>10. Juni 2001: Abstimmungen</p> <p>2. Oktober 2001: GBZ-Apéro mit KollegInnen aus dem Regierungsrat</p>
--

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Am 27. März 2001 fand die GBZ-Delegiertenversammlung statt. Hier der Bericht aus der Neuen Zuger Zeitung vom 29. März 2001.

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug HT+ 19. 4. 01

Klare Forderung nach Mindestlöhnen

Die Schliessung der Lego in Baar bringt die zuletzt in den Hintergrund getretenen Gewerkschaften zurück an die Front.

Die Gewerkschaften spüren nach stetem Sinkflug in den letzten Wochen und Monaten wieder etwas Aufwind. Nach der Schliessung der Lego-Werke in Baar gibt sich auch der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) wieder kämpferisch: «Die CVP warf uns vor, dass es uns im Fall Lego um reine Profilierung gehe. Dies ist ja wohl der Gipfel», meinte Präsident Bruno Bollinger im Rahmen der Delegiertenversammlung. Die Gewerkschaften hätten reagiert, weil sie es als ihre Pflicht empfanden. «Es war uns insbesondere ein Anliegen aufzuzeigen, was passieren kann, wenn man nicht gewerkschaftlich organisiert ist», betonte Bruno Bollinger. Von den Behörden würde er aber Unterstützung und nicht Anrempeleien erwarten. Dies insbesondere, wenn man bedenke, dass die Gewerkschaften Aufgaben der öffentlichen Hand übernehmen.

Im abgelaufenen Jahr sehen sich denn die Gewerkschafter auch auf der Siegerseite: «In Arbeitgeberkreisen werden die Gewerkschaften wieder ernster genommen», meinte GBZ-Präsident Bruno Bollinger in seinem Jahresbericht. Die Löhne seien dort höher, wo es wie beispielsweise auf dem Bau einen

hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gäbe. «Es ist im letzten Jahr insbesondere gelungen, die tiefen Löhne an den Pranger zu stellen. Auf den Punkt gebracht wurde dies mit der Forderung, keine Löhne unter 3000 Franken», sagte Bollinger. Doch für den Gewerkschaftsbund sind nicht nur bei den tiefen Löhnen Erfolge zu verbuchen: «Bei den letztjährigen Lohnverhandlungen ist es in vielen Betrieben und Branchen gelungen, den Trend hin zu den individuellen Lohnerhöhungen zu kehren. Selbst der automatische Teuerungsausgleich konnte wieder erkämpft werden», erläuterte Bollinger.

Proporz soll beibehalten werden

Auf dem regionalen Parkett will sich der Gewerkschaftsbund künftig insbesondere für die Beibehaltung des Proporz und gegen die Einführung des Majorz engagieren. «Dieser Kampf ist zwar noch nicht gewonnen, doch zeichnet sich ab, dass sich die bürgerlichen Befürworter des Proporz diesmal entschiedener für die Sache einsetzen werden», meinte Bollinger. Daneben gilt das gewerkschaftliche Augenmerk aber auch der Schaffung eines eigentlichen Arbeitsgerichtes, denn für den GBZ sei der Kanton Zug diesbezüglich einer der Rückständigsten.

Im Anschluss an die statutarischen Geschäfte sprach Franz Cahannes, GBI-Geschäftsleitungsmitglied und Präsident Gewerkschaftsbund Zürich, zum Thema Gewerkschaft und Politik.

THOMAS AKERMANN

Am 27. April 2001 fand die Generalversammlung der SMUV Sektion Zug statt. Hier der Bericht aus der Neuen Zuger Zeitung vom 30. April 2001.

Generalversammlung Smuv

Werkplatz Schweiz verteidigen

Regionale Synergien nutzen, aber auch unorganisierte Kräfte angehen: Das sind die Ziele der Zuger Sektion Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (Smuv).

VON DANIEL LACHAT

«Die Kernfragen der Gewerkschaften haben sich trotz wirtschaftlichem Aufschwung nicht wesentlich verändert», sagte Ruedi Amrein, Smuv-Präsident der Sektion Zug, an der Generalversammlung vom Freitag. Er sprach sich denn auch negativ über das heutige wirtschaftliche Denken im Zuge der

Globalisierung aus. Und er forderte die Anwesenden auf: «Greifen Sie aktiv in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen ein.»

Strukturen veraltet

«Unsere Gewerkschaftsstruktur beruht auf dem vergangenen Jahrhundert», sagte Smuv-Präsident Renzo Ambrosetti, um die Zuhörerinnen und Zuhörer aufzufordern, über eine interprofessionelle Gewerkschaft zu diskutieren. Dabei betonte er, dass es dabei nicht um ein Fusionieren gehe. «Vielmehr wollen wir die regionalen Synergien nutzen und nicht etwas kreieren, das der Basis nicht entspricht.»

In den vergangenen sieben bis acht Jahren hatten die Verbände einen kon-

stanten Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Dieser wirke sich auch negativ auf die eigene Finanzkraft aus, betonte Ambrosetti. So sagte er: «Jetzt ist eine Trendwende gefragt, auch wenn die ersten Zahlen im neuen Jahrhundert Grund zur Zuversicht geben.»

Stärkung der Smuv

Als primäre Zielsetzung fordert er die Stärkung der Smuv. Bisher unorganisierte Kräfte sollen auf die Gewerkschaften aufmerksam gemacht werden, der Dienstleistungsbereich müsse verbessert werden, aber auch die Umsetzung der flankierenden Massnahmen der bilateralen Verträge gehöre zu den grossen gewerkschaftlichen Herausforderungen in naher Zukunft. Zu-

dem wolle man bereits diesen Herbst eine starke Kampagne zum Thema Löhne lancieren. Zufrieden zeigte sich Ambrosetti mit der Vertragspolitik, die jetzt einen akzeptablen Stand erreicht habe.

1.-Mai-Motto: Vernetzt, solidarisch

Weiter wurde auf die Zuger 1.-Maidkundgebung auf dem Landsgemeindeplatz aufmerksam gemacht. Diese steht dieses Jahr unter dem Motto: «Wir Gewerkschaften! Vernetzt. Solidarisch.» Die Hauptreden um 17 Uhr werden gehalten vom Zuger Landammann und SGA-Parteimitglied Hanspeter Uster, von SP-Stadtrat Eusebius Spescha und von Josy von Wyl, GBZ-Vizepräsidentin, Menzingen.

1. Mai 2001

Die Begrüssung von GBZ-Präsident Bruno Bollinger:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Ich begrüsse Euch alle zu dieser 1.Mai-Kundgebung.

"Wir Gewerkschaften! Vernetzt. Solidarisch." Das ist das Motto vom diesjährigen 1. Mai. Bewusst haben die Gewerkschaften keine materiellen Forderungen, sondern sich selber in den Vordergrund gestellt. Die Gewerkschaften können vermehrt **Erfolge** im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen vermelden - allen voran gegen die Tiefstlöhne im Verkauf. Oder wenn der Betrieb dem Profit geopfert wird. Es gelingt zwar meistens nicht, die Schliessung rückgängig zu machen, mit dem Druck der Gewerkschaften kann aber ein **anständiger Sozialplan** erreicht werden - so vor einigen Tagen bei der Heberlein in Wattwil.

Bei der **Lego in Baar** sind wir noch nicht soweit. Der vorliegende Sozialplan ist noch unvollständig: Nicht **alle Betroffenen** bekommen eine Abgangsentschädigung. Denn das ist das Minimum für Leute, die pflichtbewusst und treu ihre Arbeit gemacht haben und nun vor die Türe gestellt werden. **Die Gewerkschaften machen nach wie vor Druck!**

Damit sind wir beim Thema, das wir an diesem 1. Mai bewusst machen wollen. Obwohl nur einzelne Lego-Mitarbeitende gewerkschaftlich organisiert sind, empfinden es die **Gewerkschaften als ihre Pflicht**, dafür zu sorgen, dass alle zu ihrem Recht kommen. Ein Beispiel mehr für die uneigennützig, freiwillige Arbeit, die von den Gewerkschaften **für die Allgemeinheit** geleistet wird.

Diese Arbeiten werden die Gewerkschaften in Zukunft nur noch machen können, wenn sie dabei unterstützt werden. Unterstützung erwarten wir von den **Behörden** und akzeptieren es nicht, so schnöde abgekanzelt zu werden, wie dies der Baarer Gemeinderat in der Lego-Angelegenheit mit uns gemacht hat.

Die Gewerkschaften haben auch letztes Jahr **Mitgliederverluste** hinnehmen müssen. Sinkende Mitgliederzahlen bedeuten, dass die finanziellen Mittel fehlen, damit wir unsere Arbeit machen können. Darum unserer Appell an alle Arbeitenden: organisiert euch, tretet den Gewerkschaften bei! Wir brauchen nicht nur Zuschauer, die vor dem Fernsehen hocken, wir brauchen zahlende Zuschauer, die **uns direkt unterstützen!**

Der 1. Mai in Zug ist seit Jahren der Tag, an dem die Zuger Linke (die Gewerkschaften und die linken Parteien) sich hier unter der Linde versammelt. Auch dieses Jahr hat der 1. Mai diese Funktion erfüllt. Dies wollen wir in Zukunft weiter pflegen. Denn unsere Gesellschaft braucht nicht nur starke Gewerkschaften. Wenn wir nicht wollen, dass die ewiggestrigen Egoisten und die rücksichtslosen Neoliberalisten sich durchsetzen, dann brauchen wir eine starke Linke, die fähig ist, das arbeitende Volk für eine gerechte und menschliche Gesellschaft zu mobilisieren.

Die 1. Mai-Rede vom Eusebius Spescha, SP-Stadtrat, Zug

Statistisch gesehen ist die Schweiz ein sehr reiches Land. In diesem reichen Land haben im Jahre 2001 **junge Familien das grösste Armut-Risiko**. Dies ist so unwürdig, dass eine Grossanstrengung zur Beseitigung dieses schreienden Missstandes selbstverständlich sein sollte - so wie nach dem zweiten Weltkrieg das Land zusammengestanden ist und die AHV geschaffen hat.

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

1.-Mai-Kundgebung

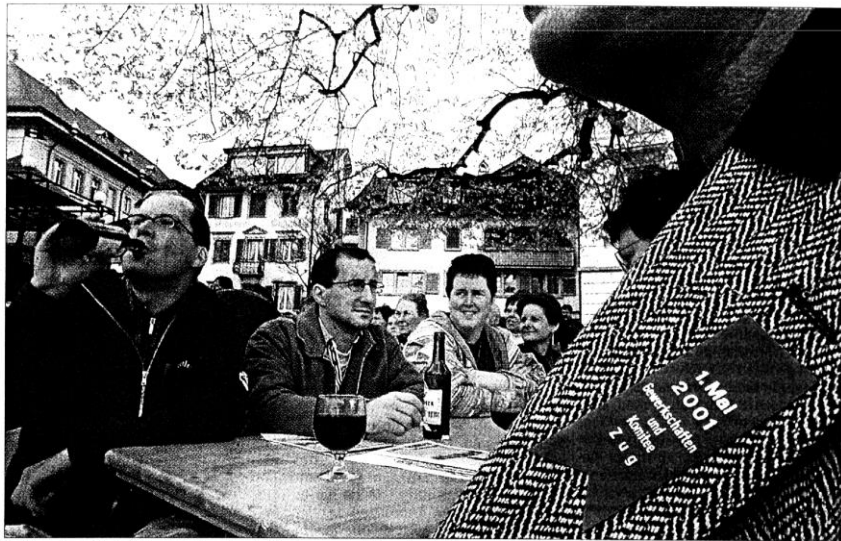
«Lohn und Rente statt Panzer»

Schwül die Luft und scharf der Ton an der Kundgebung zum 1. Mai. Linke machten sich Luft am Tag der Arbeit.

VON KARL ETTER

1.-Mai-Kundgebung unter der Linde bei der Voliere auf dem Landsgemeindeplatz in Zug: Die Teilnehmenden fanden hier genügend Platz. Aber der Ton der Ansprachen war scharf.

● **Landammann Hanspeter Uster:** Der vorgesehene Redner lag zu Hause krank im Bett, aber Martin Stuber, SGA-Mitglied des grossen Gemeinderates in Zug, verlas seine Ansprache. «AHV statt Panzer» – dieser Slogan, von dem viele meinten, er gehöre in die Mottenkiste der Geschichte, ist unversehens wieder aktuell geworden. «Die gleichen Bürglichen, die sich stark machen für neue Jets, neue Raketen, für neue Panzer und für andere neue Waffen, wollen die Witwenrente kürzen, wehren sich gegen eine Abfederung des flexiblen Altersrücktritts, stellen den Mischindex in Frage und wollen partout keine weiteren Gelder für die AHV freimachen.» Und weiter im Originalton: «Wir brauchen keine Lenk Waffen für 2283 Millionen Franken. Wir brauchen keine Flugabwehrkörper für 2500 Millionen Franken. Und ebenso wenig brauchen die Arbeitenden in diesem Lande und der Rest der Welt ein neues Kampfflugzeug für 4000 Millionen Franken.» Die Warnung auf den nächsten Urmengang hin: «Wer am 10. Juni Ja stimmt, wird es danach schwer haben, die Aufrüstung zu stoppen. Und wer die Aufrüstung nicht stoppen kann, der wird es doppelt schwer haben, Geld für ökologische, kulturelle und feministische Anliegen zu bekommen ... Es braucht in der Schweiz eine Offensive für das grösste Sozialwerk und gegen einen der grössten Geldfresser – die Armee. AHV statt Panzer.»



Nicht sehr zahlreich kamen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Linke an die 1.-Mai-Feier auf den Landsgemeindeplatz. Aber die hörten scharfe Reden.

BILD WERNER SCHELSBERT

● **Stadtrat Eusebius Spescha, Zug:** «Die Arbeitgeber finden, es sei nicht ihre Sache, existenzsichernde Löhne zu zahlen. Wozu ums Himmels willen arbeiten wir denn, wenn nicht dafür, um vom Lohn für unsere Arbeit leben zu können? Löhne unter 3000 Franken sind sowieso ein Skandal. Wie allerdings Eltern im Kanton Zug eine Familie mit 3000 Franken durchbringen sollen, wird wahrscheinlich immer ein Geheimnis gut verdienender Arbeitgeber bleiben.» Sozialvorsteher Spescha forderte existenzsichernde Löhne, zahlbare Wohnungen und finanzielle Leistungen an Familien, welche den

Gang zum Sozialamt ersparen. Und schliesslich die Ablehnung des Majorz, wo «der Machterhalt um jeden Preis die Devise» sei.

● **Josy von Wyl, Gewerkschaftsbund-Vizepräsidentin:** Im 30. Jahr des Frauenstimmrechts beklagte sie, dass die Frauen auch am 1. Mai hätten um die Rede kämpfen müssen – sie war im Programm nicht angekündigt gewesen.

● **Gisela Hurlimann, Integrationsnetz:** Sie plädierte für multikulturelle Pluralität und verwies auf ihre Institution.

● **Pedro Hombre:** Auf Spanisch sprach er zum Tag der Arbeit. Er kam erst etwas nach 17 Uhr. «Sein Arbeitgeber hiess

ihn, bis 17 Uhr zu arbeiten. Ein freier 1. Mai wäre auch gelegentlich ein Anliegen», so Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ).

● **Bruno Bollinger, GBZ-Präsident:** «Die Gewerkschaften konnten Erfolge im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen vermelden, allen voran gegen Tiefstlöhne im Verkauf. Wenn wir nicht wollen, dass sich die ewiggestrigen Egoisten und die rücksichtslosen Neoliberalisten durchsetzen, brauchen wir eine starke Linke, die fähig ist, das arbeitende Volk für eine gerechte und menschliche Gesellschaft zu mobilisieren.»

Zuger Presse vom 4. Mai 2001



Auch die Linken spüren den Frühling

Der 1. Mai unter der Linde auf dem Zuger Landsgemeindeplatz lief im traditionellen Rahmen ab: Etwa 300 Personen hörten unter anderem SP-Stadtrat Eusebius Spescha (Bild) zu.

FOTO HERBERT FISCHER

Die **Arbeitgeber** finden, es sei nicht ihre Sache, existenzsichernde Löhne zu zahlen. Wozu uns Himmels willen arbeiten wir denn, wenn nicht dafür, um vom Lohn für unsere Arbeit leben zu können. Löhne unter Fr. 3000.-- sind sowieso ein Skandal. Wie allerdings Eltern im Kanton Zug eine Familie mit Fr. 3000.-- durchbringen sollen, wird wahrscheinlich immer ein Geheimnis gut verdienender Arbeitgeber bleiben.

Dass die Zuger Regierung die Festlegung von Mindestlöhnen als unnötig erachtet, spricht auch nicht gerade für einen ungetrübten Blick auf die sozialen Realitäten.

In der Politik ist das Thema Entlastung der Familien zu einem Hit geworden. Nur freuen können wir uns darüber beileibe nicht. Denn die Familien, die zu entlasten sind, beginnen offenbar erst bei einem Einkommen ab Fr. 100'000.--. Das kann' s ja nicht sein.

Allerdings bringt der Weg über die Steuern den Familien mit unteren Einkommen sowieso zu wenig. Notwendig sind Modelle, welche den **Familien Einkommen bringen**, sei es im Sinne von **Kinderzulagen / Kinderrenten**, die auch diesen Namen verdienen (z.B. Fr. 500.-- pro Kind), oder in der Form von **Ergänzungsleistungen für Familien** (ein Modell, dass in der AHV durchaus Erfolg hat). Die entsprechenden Vorschläge sind schon längst gemacht. Es liegt an den Bürgerlichen, endlich ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen.

Auch zum Thema Armut und Familien gehören die Wahnsinnspreise für Wohnungen im Kanton Zug. Vier- und Fünf-Zimmer-Wohnungen unter Fr. 2000.-- im Monat sind im Amtsblatt praktisch nicht mehr zu finden. Aber die FDP-Fraktion in der Stadt Zug hat es ja gesagt: Notwendig ist in erster Linie Bauland in Einfamilienhauszonen für gut betuchte Personen.

Wir fordern deshalb:

- existenzsichernde Löhne
- zahlbare Wohnungen
- finanzielle Leistungen an Familien, welche den Gang aufs Sozialamt ersparen

Die gleiche Arroganz, mit der die Situation der Familien von weiten Kreisen der Bürgerlichen negiert wird, ist übrigens auch bei der Frage des Wahlmodus festzustellen. Machterhalt um jeden Preis ist die Devise. Linke PolitikerInnen von SP, SGA und Alternativen sind in Regierung und Gemeinde-Exekutiven nicht mehr erwünscht. Dem gehört am 10. Juni ein klares zweimaliges Nein.

Die 1. Mai Rede von Josy von Wyl, Edlibach, GBZ-Vizepräsidentin, die als Rednerin angefragt wurde, weil die Parteien zwei männliche Redner nominiert hatten. Dies geschah im letzten Moment, als das Flugblatt bereits im Druck war. Daher das in der Rede angesprochene Missverständnis.

Sehr geehrter Herr Landammann Hanspeter Uster

Sehr geehrter Herr Stadtrat Eusebius Spescha

- **30 Jahre Frauenstimmrecht**
- **20 Jahre Gleichstellungsartikel**
- **10 Jahre Frauenstreik**

aller drei politischen Rechte und Errungenschaften gedenken wir 2001 - also in diesem Jahr. Alle drei Begebenheiten habe ich in meinem Leben mit andern zusammen erkämpft, erlitten, erhalten, mitgestaltet, erlebt und für richtig befunden. Die Frauen haben Fortschritte gemacht, sind selbständiger geworden. Sie sind aus dem „Dornröschenschlaf“ erwacht dank der Weitsicht kluger Männer, die ein **Ja für das Stimmrecht der Frauen am 7. Februar 1971** in die Urne gelegt hatten **Im Kanton Zug wurden 6987 Ja und 4199 Nein- Stimmen für die kantonale und 6699 Ja und 4483 Nein für die eidgen. Vorlage gezählt.**

Das sollte mich eigentlich zufrieden stimmen und beruhigen.

Dennoch muss ich euch an der 1.Mai-Kundgebung 2001 auf dem Landsgemeindeplatz in Zug mitteilen und ehrlich gestehen, dass ich nicht zufrieden bin. Wir Frauen haben noch lan-

ge nicht alles erreicht.

Schaut euch das Programm unserer Veranstaltung an, in der wir im Moment sitzen, stehen, in die wir involviert sind, bei der wir einander zuhören und uns besinnen.

Vorne das Bild, das unsere Gesellschaft von Männern, Frauen und Kindern darstellt, oben drüber diese Helligkeit, das Gute, das wir uns erhoffen, ein bisschen Glück das jeder und jede von uns nötig hat um sich ein würdiges Leben leisten zu können, ein bisschen Liebe, ein bisschen mehr Sonnenschein, ein bisschen mehr Wärme.

Wir Gewerkschaften! Vernetzt. Solidarisch.

Sind wir alle Mitglied einer Gewerkschaft? Sind wir vernetzt? Halten wir zusammen? Sind wir solidarisch?

Es gibt mir zu denken, wenn ich durch die Gegend fahre und auf einem Plakat lesen muss, jede 11. Frau sei arm. Es rüttelt mich auf, wenn der Pfarrer in der Kirche um eine Spende bittet für ein Rentnerhepaar in Zug, das Geld dringend benötigt oder eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern. Wieviele Männer sind eigentlich arm? Werden diese auch gezählt? Schaut einmal die Rückseite des Handzettels an.

Es sprechen: **Hanspeter Uster**, Zuger Landammann, SGA, Baar

Eusebius Spescha, SP, Stadtrat, Zug

Männer nur Männer sind als Redner aufgeführt. Sicher gewichtige Männer, gegen die ich nicht Opposition ergreifen will. Aber wo ist die Rednerin aufgeführt, die **Frau**?

Schliesslich kam doch noch ein OK Mitglied auf die Idee, einer Frau das Wort zu geben.

„ Ja weißt du, ich sage dich dann an.“ So jetzt sagt ihr mir doch einmal: **Ist so die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht? - Wir haben sie noch lange nicht erreicht.**

Stimmt's? So nicht!

Ich sollte 10 Minuten zu euch sprechen. Das tue ich aber nicht. Ich kürze ab. Zum 1. Als Warnschuss für das OK 1. Mai, damit sie in Zukunft auch Frauen als namentlich im Programm aufführen. Zum 2. Als Warnstreik für die sogenannten Linken, damit sie in Zukunft die Frauen weniger unterdrücken und vermehrt in Richtung Gleichstellung politisieren und nicht nur davon sprechen, sondern auch danach handeln.

Wie meine Nachforschungen ergeben haben, waren es in der Vergangenheit die Bürgerlichen, die bei der Einführung des Frauenstimmrechts federführend waren. Ihr könnt mich korrigieren, wenn es nicht stimmt. Wir in unsern Kreisen müssen uns in Zukunft mehr engagieren.

Zum Schluss darf ich euch noch ein paar Mitteilungen machen.

Ich arbeite, als Vertreterin des GBZ in der Arbeitsgruppe 30 Jahre Frauenstimmrecht, 20 Jahre Gleichstellung und 10 Jahre Frauenstreik.

Am 7. Februar sind Artikel und Inserate in allen Zeitungen erschienen. Ich hoffe, dass ihr sie gesehen und gelesen habt.

Am 13. Juni, am Abend vor Fronleichnam ist im Burgbuchsaal ein Fest und ein Theater, organisiert von der OFRA zum Thema Gleichstellung.

Und am 13. September ist im Gotischen Saal im alten Rathaus in Zug eine Lesung: mit den beiden Referentinnen und Literatinnen: Lisa Schmuckli und Annette Hug.

Sie wird von unserer Arbeitsgruppe organisiert.

Ich lade euch freundlich ein, mit mir zusammen diese Anlässe zu besuchen. Es wird bestimmt spannend.

Herzlichen Dank für's Zuhören und ebenso herzlichen Dank dem OK für die Vorbereitung dieser 1. Mai-Kundgebung. Das gibt viel Arbeit und ist ehrenamtliche nicht bezahlte Arbeit, die ich schätze und respektiere.

*Die 1. Mai-Rede des Zuger Landammanns und GSoA-Mitglieds **Hanspeter Uster**. Weil HP Uster krank war, wurde die Rede von Martin Stuber, SGA-Vorstandsmitglied vorgetragen.*

Wer am 10. Juni Ja sagt, kann danach schwerlich zur Aufrüstung Nein sagen: AHV statt Panzer

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Genossinnen und Genossen

Ich kann mich kurz fassen. Wer die heutigen, gestrigen und vorgestrigen Zeitungen gelesen hat, weiss, wo die wichtigste Herausforderung der schweizerischen Linken in der nächsten Zeit liegt. AHV statt Panzer, dieser Slogan, von dem viele meinten, er gehöre in die Mottenkiste der Geschichte, ist unversehens wieder aktuell geworden.

Die gleichen Bürgerlichen, die sich stark machen, für neue Jets, für neue Raketen, für neue Panzer und für andere neue Waffen, wollen die Witwenrente kürzen, wehren sich gegen eine Abfederung des flexiblen Alterrücktritts, stellen den Mischindex bei den Rentenerhöhungen in Frage und wollen partout keine weiteren Gelder für die AHV frei machen.

Die gleichen Bürgerlichen, welche den superteuren Marsch in Richtung Nato antreten bzw. an einer überholten Landesverteidigung festhalten wollen, plädieren bei der sozialen Sicherheit für einen "Marschhalt".

Die gleichen Bürgerlichen, welche beim Militär einen "30-Milliarden-Wahnsinn", (Zitat Blick) befürworten, drohen beispielsweise bei der Witwenrente mit einem "familienpolitisch bedenklichen Kahlschlag", wie das der SGB-Präsident Paul Rechsteiner ausdrückte.

Weder die Arbeitenden dieses Landes noch der Rest der Welt brauchen Schützenpanzer für 484 Millionen. Wir brauchen auch kein operatives Feuer für 600 Millionen. Wir brauchen keine Lenkwaffen für 2283 Millionen. Wir brauchen keine Flugkörperabwehr für 2500 Millionen Franken. Und ebenso wenig brauchen die Arbeitenden und der Rest der Welt ein neues Kampfflugzeug für 4000 Millionen Franken.

Aber die Arbeitenden dieses Landes brauchen die Möglichkeit, sich frühzeitig pensionieren zu können, ohne dass ihnen das Elend droht. Und die Welt, die für Militär und Rüstung 60mal mehr ausgibt als für Gewaltprävention und zivile Konfliktbearbeitung, braucht die ausge-rechnet von der Schweiz noch mehr Waffen und Truppen?

Würde ein Land, das seit 154 Jahren keinen Krieg mehr führen musste, nicht gescheiter seine Stärke, das Friedenshandwerk, als das Kriegshandwerk exportieren?

Betreten wir die Welt nicht gescheiter durch das politische Hauptportal als durch das militäri-sche Hintertürchen?

Zwischen dem 30-Milliarden-Wahnsinn, der bürgerlichen AHV-Bremse und dem Militärgesetz, über das wir am 10. Juni abstimmen, gibt es einen engen Zusammenhang. Eine Schweiz, die natokompatibel werden will, um mit der Nato auch als Nicht-Mitglied Krieg führen zu können, braucht neue Jets, neue Raketen und neue Panzer. Wer am 10. Juni Ja stimmt, wird es danach schwer haben, die Aufrüstung zu stoppen. Und wer die Aufrüstung nicht stoppen kann, der wird es doppelt schwer haben, Geld für soziale, ökologische, kulturelle und feminis-tische Anliegen zu bekommen. Es ist deshalb kein Zufall, sind die Gewerkschaft Bau und Industrie und der Verband des Personals öffentlicher Dienste und die sozial besonders sensi-bilisierten Westschweizer Linken praktisch geschlossen gegen die Militarisierung der Aus-senpolitik.

Es braucht in der Schweiz eine Offensive für das grösste Sozialwerk und gegen einen der grössten Geldfresser, die Armee. AHV statt Panzer, dieses Motto zieht aber besser, wenn am 10. Juni die Mehrheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger Nein sagen zum Ausbau der Armee-Aufgaben.

Gewerkschaften setzen sich für Arbeitende ein

An der letzten Gemeindeversammlung nützten der Baarer Gemeinderat und die bürgerlichen Parteien die Schliessung der Lego in Baar aus, um die SGA und die Gewerkschaften anzuschwärzen. Dazu möchten wir folgendes festhalten.

1. Obwohl nur einzelne Lego-MitarbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert sind, empfinden es die Gewerkschaften als ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie zu ihrem Recht kommen. Dabei sind uns die Interessen der Beschäftigten wichtiger als das Image der Firma.
2. Andere sollen aus dem Fall Lego lernen und sich rechtzeitig organisieren. Die Gewerkschaften sind nicht nur legitimiert, sondern sogar verpflichtet, alle Arbeitenden sowie die Arbeitgeber und die Behörden auf ihre Bedeutung hinzuweisen. Die Gewerkschaften handeln also nicht - wie unterstellt - aus Eigennutz, sondern im Dienste der Öffentlichkeit.
3. Gemeinderatsvizepräsident Jürg Dübendorfer hat sozusagen als Beweis, dass die Gewerkschaften nicht viel nützen, an der Gemeindeversammlung den ungenügenden Sozialplan der Heberlein AG in Wattwil erwähnt. Dabei müssen wir festhalten, dass dieser Sozialplan nicht mit den Gewerkschaften ausgehandelt worden ist. Im Gegenteil, die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) forderte mit einer Demonstration in Wattwil, dass für die Schliessung der Heberlein ein besserer Sozialplan ausgehandelt wird.
4. Beim Sozialplan der Lego stehen mit 30 Mio. relativ viel Mittel zur Verfügung, wichtig ist dabei aber, dafür zu sorgen, dass alle Betroffenen etwas erhalten. Im Lego-Sozialplan sind der Geltungsbereich sowie die Kriterien für die Zumutbarkeit so formuliert, dass möglicherweise die Hälfte der Betroffenen die Leistungen des Sozialplanes gar nicht in Anspruch nehmen kann. Wohingegen alle Lego-Mitarbeitenden, die ihre Stelle verlieren, das Recht auf eine Abgangsentschädigung (nicht zuletzt als Belohnung für ihren Einsatz) haben sollten. *(Die Stellungnahme ist im Zugerbieter vom 29.03.01 erschienen)*

Lego lehnt Hilfe der Gewerkschaften ab

Die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) hat mit den Lego-Verantwortlichen Gespräche geführt, die aber keine Resultate gebracht haben. Die Lego-Leitung bleibt der Auffassung, dass sie alleine besser wisse, was für ihre Leute gut ist. Der Sozialplan ist so restriktiv formuliert, dass eine willkürliche Auslegung möglich ist. Nicht alle Lego-Arbeitenden, die von der Schliessung der Baarer-Werke betroffen sind, haben das Recht auf eine Abgangsentschädigung. Die Lego-Verantwortlichen versichern zwar, dass sie grosszügig damit umgehen werden. Das gleiche gilt für die Durchhalteprämie für all die Arbeitenden, die bis zum Schluss ihre Arbeit ausführen. Auch diese ist nicht im Sozialplan festgehalten. Die Gewerkschaften wollen, dass dies klar als Anspruch für alle definiert wird, und nicht vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängig ist. Es ist nicht mehr als Recht, dass der bisherige Einsatz aller belohnt wird. Schliesslich können die Arbeitenden nichts dafür, dass gut funktionierende Fabriken aus kurzfristigen Profitinteressen heraus geschlossen werden.

Besorgt sind die Gewerkschaften auch darüber, dass nicht genügend für die Unqualifizierten gemacht wird. Gespräche mit Betroffenen haben uns dies bestätigt. Lego-Verantwortliche haben es auch abgelehnt, mit der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Stiftung für Arbeitsgestaltung zusammen zu arbeiten. Diese Stiftung ist darauf spezialisiert, Transferstellen einzurichten, die Unqualifizierte so ausbilden, dass sie bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Lego-Verantwortlichen beteuern, dass sie soziale Arbeitgeber seien, und dass sie fair mit ihren Arbeitenden umgehen. Ein sozialer Arbeitgeber ist aber für uns einer, der seine Mitarbeitenden als mündige Menschen behandelt und sich nicht scheut, mit einer Personalvertretung und den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Erschienen in der Neuen Zuger Zeitung vom 9.5.01 und in der Zuger Presse vom 11.5.01